

Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	23.04.2024
Thema	Verbände
Schlagworte	Keine Einschränkung
Akteure	Andere Organisation für überparteiliche Interessen
Prozesstypen	Keine Einschränkung
Datum	01.01.1990 - 01.01.2020

Impressum

Herausgeber

Année Politique Suisse
Institut für Politikwissenschaft
Universität Bern
Fabrikstrasse 8
CH-3012 Bern
www.anneepolitique.swiss

Beiträge von

Bernet, Samuel
Bühlmann, Marc
Hirter, Hans
Künzler, Johanna
Scherrer, Debora

Bevorzugte Zitierweise

Bernet, Samuel; Bühlmann, Marc; Hirter, Hans; Künzler, Johanna; Scherrer, Debora
2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Verbände, Andere Organisation für überparteiliche Interessen, 1996 - 2016*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 23.04.2024.

Inhaltsverzeichnis

Parteien, Verbände und Interessengruppen	1
Verbände	1
Überparteiliche politische Interessen / Think Tanks	2
Gewerbe, Dienstleistungen, Konsum	2
Sozialwesen, Soziale Gruppen	3

Abkürzungsverzeichnis

EU Europäische Union
SPAG Schweizerische Public Affairs Gesellschaft

UE Union européenne
SSPA Société Suisse de Public Affairs

Parteien, Verbände und Interessengruppen

Verbände

Verbände

STUDIEN / STATISTIKEN
DATUM: 31.08.2012
JOHANNA KÜNZLER

An der Jahresversammlung des **Schweizer Städteverbandes** forderte Alexander Tschäppät, Nationalrat (sp, BE) und Stadtpräsident von Bern, mehr politisches Gewicht für Städte und Agglomerationen. Eine Studie, die der Verband beim Wirtschaftsforschungsinstitut BAK Basel in Auftrag gegeben hatte, zeigte auf, dass die 80% der Erwerbstätigen, welche in urbanen Zentren arbeiteten, 84% der Schweizer Wirtschaftsleistung erbrachten. Das Stimmgewicht der städtischen Bevölkerung im Vergleich zur ländlichen stehe in drastischem Gegensatz zu diesen Resultaten: Eine einzige Urner Stimme wiege heute bei nationalen Abstimmungen mehr als 32 Mal so viel wie eine aus Zürich. Der Städteverband stellte deswegen einen Forderungskatalog auf, welcher u. a. eine gesamtheitliche Sozial- und Integrationspolitik, mehr Geld für städtische Verkehrsinfrastrukturen und einen stärkeren Einbezug der Städte in die Energiepolitik verlangte.¹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 19.10.2013
JOHANNA KÜNZLER

Der Tages-Anzeiger thematisierte in einer Reportage den **Niedergang traditioneller Vereine** in der Schweiz. Seit Jahrzehnten hätten die zurzeit ca. 78'500 Organisationen mit Mitgliederschwund zu kämpfen: Swissshooting etwa, der nationale Schützenverein, verliere jährlich 5 bis 6 Prozent seiner Mitglieder. Beim katholischen Frauenbund seien die Mitgliedschaften in den letzten zehn Jahren gar um ca. 50'000 Teilnehmerinnen gesunken. In Gesprächen mit Experten wurde den Ursachen für diese Entwicklung auf den Grund gegangen: Im 19. Jahrhundert seien Vereine für die Bildung einer nationalen Identität noch von grosser Bedeutung gewesen, das Prinzip und die Praxis des gesellschaftlichen Umgangs von Bürgern hätten sich in ihnen etabliert. Laut Historiker Hans-Ulrich Jost habe der Abstieg in den 1950er Jahren mit Aufkommen der modernen Massenmedien begonnen: Die Versammlungsöffentlichkeit habe an Relevanz verloren. Antonia Fuchs, Geschäftsführerin des katholischen Frauenbundes, vermutete auch eine veränderte gesellschaftliche Mentalität hinter diesem Phänomen: Mit der heutigen Berufstätigkeit fänden viele Leute keine Zeit mehr, sich in einem Verein zu engagieren. Gerade für Politikerinnen und Politiker blieben Vereine jedoch weiterhin zentral, entgegnete Professor Markus Gmür von der Universität Freiburg: Sie könnten sich dort soziale Netzwerke aufbauen und Bekanntheit erlangen, was bei ihrer Karriere von Nutzen sei.²

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 04.03.2014
JOHANNA KÜNZLER

Das Thema der **Intransparenz von parlamentarischem Lobbying**, welches seit Jahren immer wieder die Öffentlichkeit beschäftigt hatte, wurde durch eine Untersuchung der Neuen Zürcher Zeitung zusätzlich befeuert. Ein Team von Journalisten glich im März 2014 die öffentlich einsehbare Liste von permanenten Zutrittsberechtigungen ins Bundeshaus, wovon jedes Parlamentsmitglied zwei vergeben kann, mit dem schweizerischen Handelsregister ab. Dort werden Verwaltungs- und Stiftungsratsmandate sowie Geschäftsleitungsfunktionen und finanzielle Beteiligungen an Unternehmen verzeichnet. Bei diesem Vergleich stellten sie fest, dass Interessenbindungen auf der Parlamentswebseite oft nicht oder nur unvollständig deklariert wurden. So blieben etwa die Verbindungen von 29 Personen zur Bau- und Immobilienbranche unerwähnt. Auch Mandate im Bereich der Altersvorsorge, der Industrie und Energie oder aus der Domäne von Bildung und Forschung wurden des Öfteren verschwiegen. Diese offenkundige Intransparenz löste ein grosses mediales Echo aus, zumal das persönliche Gespräch als die erfolgreichste Methode des Lobbyings gilt. Die Schweizerische Public Affairs Gesellschaft (SPAG), bei welcher schätzungsweise vier Fünftel aller nationalen Lobbyierenden eine Mitgliedschaft haben, reagierte eine Woche nach der Publikation in der NZZ. Ihr Präsident Fredy Müller kündigte eine Verschärfung der Standesregeln an. Künftig soll eine Liste auf dem Online-Auftritt des Verbandes publiziert werden, in der jedes Mitglied alle Interessenbindungen offenlegen muss, die mindestens von einem halben Jahr Dauer sind und den demokratischen Entscheidungsprozess beeinflussen könnten. Wer sich diesem Vorgehen verweigert oder bei einem Betrugsversuch ertappt wird, habe mit Ausschluss aus dem Berufsverband zu rechnen. Damit sollte die Akzeptanz der Lobbying-Tätigkeit in der Politik, der Bevölkerung und Verwaltung wieder erhöht werden. Die neue Regelung wurde ab Juli desselben Jahres für verbindlich erklärt. Die SPAG hatte im Folgenden diverse Austritte in Kauf zu nehmen. Als Begründung gaben

einige der Austretenden an, dass sie durch eine derartige Deklaration das Anwaltsgeheimnis verletzen würden. Ein Mitarbeiter einer PR-Firma wies jedoch darauf hin, dass die revidierten Ständeregeln das Problem der Intransparenz nicht vollständig lösen würden. Kurzfristige Engagements für eine Interessengruppe fallen nicht unter die Ausweis-Pflicht und könnten darum weiterhin geheim gehalten werden. Auch das Parlament beschäftigte sich mit dieser Thematik.³

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 01.07.2016
SAMUEL BERNET

Nachdem die Schweizerische Public Affairs Gesellschaft (SPAG) 2014 ihre Ständeregeln verschärft hatte und fortan alle Mitglieder verpflichtet waren, ihre Mandate auf der Webseite offenzulegen, erfüllten nach Ansicht des Vorstands einige Mitglieder diese Vorgabe rund zwei Jahre später immer noch nicht. Im April 2016 forderte der Verband sämtliche Mitglieder auf, bis Mitte des Monats ihre Online-Profile zu aktualisieren und so ihre Mandate transparent zu machen. Anfang Juni ermahnte der Verband 18 Mitglieder, dass sie die Liste ihrer Mandate vervollständigen sollen – würden sie ihrer Pflicht bis Ende Juni nicht nachkommen, würden sie vom Verband ausgeschlossen. Für den rund 200 Mitglieder zählenden Dachverband der Lobbyisten wäre dies ein Verlust von fast 10 Prozent seiner Mitglieder gewesen. In einer Medienmitteilung am 1. Juli gab die **SPAG bekannt, dass fünf Mitglieder aus dem Verband ausgeschlossen wurden**, weil diese ihr Profil innerhalb der gesetzten Frist nicht aktualisiert hätten.⁴

Überparteiliche politische Interessen / Think Tanks

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 27.06.2006
HANS HIRTER

Die **Neue Europäische Bewegung Schweiz** (Nebs) wählte Nationalrätin Christa Markwalder (fdp, BE) anstelle des ebenfalls freisinnigen Waadtländer Nationalrats Yves Christen zur Präsidentin. Ziel der aus der Fusion verschiedener integrationsfreundlicher Gruppen hervorgegangenen Nebs bleibt ein möglichst rascher Beitritt der Schweiz zur EU. Im Herbst lancierte die Nebs eine Kampagne, welche mit Hilfe der im Vergleich zur EU hohen Schweizer Konsumentenpreise den Vorteil eines EU-Beitritts schmackhaft machen wollte.⁵

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 20.09.2010
MARC BÜHLMANN

Nach zwölf Jahren trat Hans Fehr (svp, ZH) als Geschäftsführer der Aktion für eine unabhängige und neutrale Schweiz (**Auns**) zurück. Als Nachfolger wurde Werner Gartenmann eingesetzt. Der Präsident der Auns Pirmin Schwander kündigte an, die Kräfte, die ähnliche Ziele wie die Auns verfolgten (z.B. Pro Libertate, Young4Fun), administrativ bündeln zu wollen.⁶

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 12.04.2015
SAMUEL BERNET

Im Frühling 2015 wurde von einer Koalition aus Wirtschaft und Politik der **Verein Vorteil Schweiz gegründet** mit dem Ziel, die bilateralen Verträge mit der EU zu erhalten. Vorteil Schweiz wolle eine Koordinationsfunktion wahrnehmen und damit eine Verzettelung jener Gruppierungen verhindern, die sich nach dem Ja zur Masseneinwanderungsinitiative für die Rettung der bilateralen Verträge einsetzten, sagte Mitinitiant und BDP-Nationalrat Hans Grunder gegenüber dem Tagesanzeiger. Neben anderen Nationalräten aus den Parteien FDP, CVP, SP, GLP und Grüne wird der Verein auch von zahlungskräftigen Vertretern aus der Wirtschaft unterstützt, wie etwa von Unternehmer Jobst Wagner, der Unternehmerin Nicole Loeb oder dem Milliardär Hansjörg Wyss.⁷

Gewerbe, Dienstleistungen, Konsum

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 27.01.1996
HANS HIRTER

Nachdem im Oktober 1995 ein «Bund der Steuerzahler» (BDS) gegründet worden war, trat im Berichtsjahr eine neue Vereinigung mit dem Namen «Steuerforum» auf. Diese **kritisierte die erstere, eine reine Ablegerorganisation der SVP** zu sein. Bei den Steuerzahlern selbst stiessen die beiden neuen Interessenorganisationen vorläufig noch auf etliche Skepsis; der BDS gab seine Mitgliederzahl im Herbst mit 2'520 an.⁸

VERBANDSCHRONIK
DATUM: 27.10.2010
MARC BÜHLMANN

Sozialwesen, Soziale Gruppen

Für einigen Wirbel sorgte die vom ehemaligen Luzerner SVP-Präsidenten René Kuhn im April gegründete **Interessengemeinschaft Antifeminismus**, die gegen die Diskriminierung von Männern eintreten will. Gegen ein geplantes Treffen im Oktober 2010 protestierte ein „Bündnis gegen das Antifeminismus-Treffen“, das der IG Gewalt androhte, worauf die Zusammenkunft an einen geheimen Ort verlegt wurde.⁹

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE
DATUM: 09.02.2011
DEBORA SCHERRER

Sechs nationale **Familien- und Elternorganisationen** bündelten 2011 ihre Kräfte, um die Kompetenzen der Eltern zu stärken. Um den neuen Herausforderungen der Elternschaft begegnen zu können, setzten sie auf die Schwerpunkte Elternberatung, Eltern und Bildung, Kleinkinderförderung bei Migrationshintergrund und Öffentlichkeitsarbeit.¹⁰

1) NZZ, 31.8.12.

2) TA, 19.10.13.

3) NZZ, 4.3.14; NZZ, 11.3.14; TA, 16.4.14; NZZ, 17.5.14

4) Medienmitteilung SPAG vom 01.07.2016; TA, 15.4.16; NZZ, 9.6.16; AZ, 1.7.16; AZ, NZZ, 2.7.16

5) BaZ, 6.5.06; LT, 11.5.06; NZZ, 27.6.06 (Kampagne).

6) Presse vom 16.7.10; NZZ, 20.9.10.

7) TA, 7.4.15; Bund, WW, 9.4.15; SoZ, 12.4.15

8) TA, 18.1.96 und Blick, 26.9.96; BaZ, 26.1.96 und TA, 27.1.96

9) TA, 25.10 bis 27.10.10.

10) NZZ, 9.2.11.